



Käßmann auf dem Dresdner Kirchentag

AFGHANISTAN

„Auch der Feind hat eine Würde“



Der evangelische Militärbischof Martin Dutzmann, 55, über die Feindesliebe und das Beten im Krieg

SPIEGEL: Die ehemalige EKD-Ratsvorsitzende Margot Käßmann hat auf dem Dresdner Kirchentag gesagt, es sei besser, mit den Taliban zu beten, als sie zu bombardieren. Wie soll das gehen?
Dutzmann: In der Wirklichkeit Afghanistans stellt sich die Frage des gemeinsamen Gebetes weder mit Muslimen noch mit den Taliban. Aber für die Taliban beten – das können wir. Das heißt nicht, ihre dunklen Pläne gutzuheißen. Für die Taliban zu beten bedeutet für mich, dass sie umkehren und von Gewalt Abstand nehmen.

„Es ist besser, mit den Taliban zu beten, als sie zu bombardieren“

Margot Käßmann
Ehemalige EKD-Ratsvorsitzende

SPIEGEL: Muss man als Christ seine Feinde lieben?
Dutzmann: Es gilt das Gebot der Feindesliebe. Der Apostel Paulus schreibt darüber im Römerbrief, und Jesus hat es in der Bergpredigt zugespitzt. Margot Käßmann hat insoweit Recht: Wir sollen selbst in einem ganz fürchterlichen Feind letztendlich ein Gottesgeschöpf entdecken. Und auch ein Taliban ist, wie jeder Mensch, mit einer unverlierbaren Würde ausgestattet.

SPIEGEL: Ein Gebet reicht aber kaum, wenn die Soldaten angegriffen werden.
Dutzmann: Man wird das eine tun und das andere nicht lassen. Zu beten und notfalls zu kämpfen kann gleichzeitig nötig sein. Wenn man für die Gesundheit kranker Menschen betet, verzichtet man ja auch nicht auf medizinische Behandlung.
SPIEGEL: Wie verkraftet die Bundeswehr vor Ort die steigende Opferzahl?
Dutzmann: Unsere Seelsorger in Afghanistan berichten von einem steigendem Bedürfnis nach Gesprächen. Natürlich bedrückt die Soldatinnen und Soldaten die Häufung der Todesfälle unter ihren Kameraden. Das löst Diskussionen über den Sinn des Einsatzes aus. Das Meinungsspektrum reicht da – ähnlich wie bei uns in Deutschland – von einem „es ist sinnlos“ bis zu einem „nein, das hat immer noch Sinn, was wir hier tun“.
SPIEGEL: Sollen deutsche Soldaten in Afghanistan bleiben?
Dutzmann: Das Land braucht ganz massiv zivile Hilfe zum Wiederaufbau der Infrastrukturen im Bildungs- und Gesundheitssystem. Aber damit dies nicht sofort wieder durch Menschen, die dagegen sind, zunichtegemacht wird, ist die militärische Absicherung der zivilen Hilfe weiterhin nötig.

DAMALS ...

„Meine Einschätzung ist aber, (...) dass ein Land unserer Größe mit dieser Außenhandelsorientierung und damit auch Außenhandelsabhängigkeit auch wissen muss, dass im Zweifel, im Notfall auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege ...“

Horst Köhler, Bundespräsident, in einem Interview des Deutschlandradios am 22. Mai 2010. Die öffentliche Kritik an dieser Äußerung war ein Grund für Köhlers Rücktritt vor einem Jahr.



... UND HEUTE

„Unsere nationalen Sicherheitsinteressen ergeben sich aus unserer Geschichte, (...) den internationalen Verflechtungen unseres Landes und unserer Ressourcenabhängigkeit als Hochtechnologieland und rohstoffarme Exportnation.“



Thomas de Maizière, Bundesverteidigungsminister, am 27. Mai 2011 in einer Regierungserklärung im Bundestag

FRAUENPOLITIK

Gerangel im Kabinett

Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) wildert weiter in ihrem früheren Themengebiet, der Frauenpolitik. Während die zuständige Familienministerin Kristina Schröder (CDU) im Mutterschutz ist, bereitet von der Leyen erneut prominent besetzte Veranstaltungen vor, bei denen es um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gehen soll. Auf einem vom Arbeitsministerium initiierten Forum („Frauen in Führung“) Mitte Juni in Köln will von der Leyen als Hauptrednerin auftreten. In ihrem Grußwort ist von „Ganztagsbetreuung“ und „Pflegeteilen in der Familie“ die Rede. Zwei Wochen später ist eine Veranstaltung geplant, zu der von der Leyen auch EU-Kommissarin Viviane Reding eingeladen hat. Das Bundesfamilienministerium ist empört. Staatssekretär Josef Hecken wirft von der Leyen intern vor, sie nutze Schröders Abwesenheit, um sich auf deren Kosten zu profilieren. Das Arbeitsministerium weist dies zurück. Von der Leyen treibe das Thema Fachkräftemangel an.